



Warum Kolumbien wieder brennt

Analyse Fünf Jahre nach dem Friedensvertrag versinkt das südamerikanische Land wieder in Gewalt. Das liegt an der Corona-Pandemie, aber auch daran, dass die Regierung nicht aus ihren Fehlern gelernt hat

VON TOBIAS KÄUFER

Bogota Kein Tag ohne neue Tote in Kolumbien: Erschossene oder verschwundene Demonstranten, vom Mob gejagte Polizisten. Seit Ende April befindet sich das südamerikanische Land praktisch in einem Ausnahmezustand. Die Hoffnung auf Frieden stirbt mit. Es begann mit einem Aufruf zum Generalstreik gegen eine umstrittene Steuerreform, die nach Einschätzung der Kritiker die Mittelschicht und die Geringverdiener viel zu stark belastete. Doch dann machte Kolumbiens rechtsgerichteter Präsident Ivan Duque einen schweren Fehler.

Statt aus den Massenprotesten vor allem junger Kolumbianerinnen und Kolumbianer 2019 zu lernen, die die Polizei schon damals mit brutaler und teils tödlicher Gewalt beantwortete, schickte er wieder seine gefürchtete Polizeieinheit ES-MAD in den Kampf auf die Straße. Ein Teil der Sicherheitskräfte in Allianz mit paramilitärischen Banden in Zivil machte Jagd auf die zu Beginn überwiegend friedlichen Demonstranten. Die ersten Toten veränderten das Klima, seitdem hat sowohl die Regierung als auch das Streikkomitee der Gewerkschaften die Kontrolle über die Geschehnisse verloren, bricht der tief verankerte gegenseitige Hass von links und rechts erneut aus.

In der Unruhehochburg Cali, der drittgrößten Stadt des Landes, kommt es zu Bürgerkriegsszenen. Rechtsextreme Kräfte in Zivil erschließen vor den Augen nicht einschreitender Polizisten willkürlich Demonstranten. Unter den Demonstranten übernehmen mehr und mehr linksradikale Kräfte die Deutungshoheit über die Proteste, machen Jagd auf Polizisten, zerstören in blinder Wut öffentliches Eigentum und versuchen, das Land mit Straßenblockaden auszuhungern.

Es ist ein Kampf der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen um Macht und Teilhabe: Die meist weiße Oberschicht hat Angst um ihre Vormachtstellung und geht mit Gewalt gegen strukturell benachteiligte indigene oder afrokubanische Demonstranten vor. Deren Reihen sind unterwandert von einigen wenigen linksradikalen Kräften, die die Wut der Benachteiligten für ihren eigenen ideologischen Kampf nutzen wollen – auch wenn sie die Sicherheit der Demonstranten damit gefährden.

Stefan Reith, Leiter der **Konrad-Adenauer-Stiftung** in Bogota, beschreibt die Lage im Gespräch mit unserer Redaktion so: „Die Zwi-

schenbilanz der seit über einem Monat andauernden Sozialproteste und heftigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Protestteilnehmern ist erschütternd: dutzende von toten Zivilisten, tote Polizisten, hunderte von Verletzten auf allen Seiten, Plünderungen und massive Zerstörung öffentlicher Infrastruktur im ganzen Land sowie wochenlange Straßenblockaden und Versorgungsengpässe mitten in der dritten Pandemiewelle.“

Doch warum kommt es gerade jetzt zu dieser sozialen Explosion?

Jeden Tag sterben Menschen bei Straßenschlachten

Da ist zunächst einmal die Corona-Pandemie, die die Jugendarbeitslosigkeit auf über 40 Prozent ansteigen ließ. Der Wut vor allem der Jugend aus den Armenvierteln, schlecht ausgebildet ohne eine echte Perspektive auf sozialen Aufstieg und eine berufliche Karriere, bricht offen aus. Sie liefern sich Straßenschlachten mit der Polizei. An den Universitäten wiederum sitzt der Frust tief, weil die rechte Regierung es nicht verstand, den 2016 ausgehandelten Friedensprozess für einen

Neustart zu nutzen und stattdessen bis heute in alten Denkmustern mit linken Feindbildern verharrt. Weil täglich im Land Umweltschützer, Sozialaktivisten und ehemalige Guerilla-Kämpfer sterben, verlangen Studenten einen politischen Kurswechsel. Auch bei der Polizei und den Militärs sitzt der Frust tief. Denn auch sie haben fast täglich irgendwo im Land Tote zu beklagen – im Krieg gegen die omniprésente Drogenmafia und deren Lakaien in Guerilla und paramilitärische Gruppen.

Hinzu kommen humanitäre Herausforderungen, mit denen Kolumbien von der internationalen Staatengemeinschaft alleine gelassen wird. Seit gut fünf Jahren sind rund 1,8 Millionen Flüchtlinge aus Venezuela ins Land gekommen. Zwar versucht der Staat vieles, legalisiert deren Aufenthaltsstatus, gewährt den Migranten Zugang zum Gesundheitssystem und Arbeitsmarkt, doch inmitten der schwersten Wirtschaftskrise kommt es nun in den unteren Einkommensschichten zu brutalen Verteilungskämpfen, die die ohnehin angespannte soziale Situation noch mehr belasten.



Anfangs waren die Proteste friedlich, inzwischen regiert die Gewalt. Foto: dpa